

Aktueller Kommentar

Breitband: Bund stellt hinsichtlich besorgniserregenden Versorgungsgefälles weitere Mittel bereit

21. Juli 2015

Mit der heute mittelmäßigen Infrastrukturausstattung könnte Deutschland im Standortwettbewerb zurückfallen. Diese Sorge verstärkt sich, weil sich selbst innerhalb Deutschlands ein deutliches Gefälle zwischen den Regionen zu manifestieren droht. Doch während der Ausbau in den dicht besiedelten Regionen durchaus vorankommt, gibt es in den ländlichen Regionen große Herausforderungen bezüglich der Profitabilität. Bei der Überbrückung systemimmanenter Wirtschaftlichkeitslücken muss der Staat einspringen, wenn auch solche Projekte vorankommen sollen. Die zusätzlich über den Bundeshaushalt und die aktuellen Erlöse aus der Digitalen Dividende II bereitgestellten Fördergelder sollten Impulse für den Ausbau setzen. Allerdings muss trotz staatlicher Hilfen immer auch klar sein, dass der Ausbau nur dann überhaupt profitabel sein kann, wenn zu den modernen Netzen auch die modernen Dienste hinzukommen.

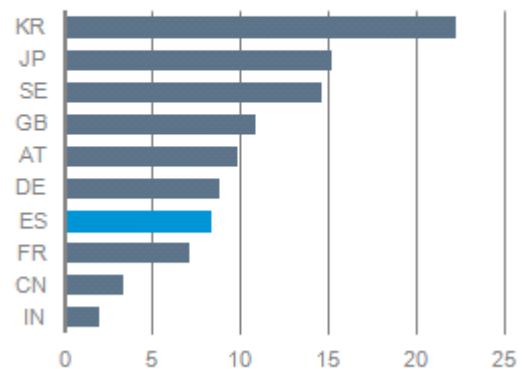
Im Standortwettbewerb wird die leistungsfähige Kommunikationsinfrastruktur neben den klassischen Verkehrs- und Energieinfrastrukturen immer bedeutender. Treiber dieser Entwicklung ist die schnell zunehmende Attraktivität von vernetzten Geräten und datenintensiven Diensten im Umfeld der Megathemen Cloud Computing, Big Data, Smart Home und Industrie 4.0. Dabei weisen empirische Untersuchungen einen positiven Effekt zwischen leistungsfähigen Kommunikationsnetzen und der Wirtschaftskraft auf. Allerdings stellt sich die Frage, warum Deutschland in internationalen Vergleichen zur Breitbandverfügbarkeit nur mittelmäßig abschneidet; beispielsweise deutlich hinter Korea und Japan, aber auch hinter Schweden und Großbritannien (s. Grafik). Dementsprechend liefert diese Mittelmäßigkeit durchaus Anlass zur Sorge um das absehbare ökonomische Potenzial und damit auch um die gesellschaftlichen Entwicklungen der Volkswirtschaft.

Diese wirtschafts- und gesellschaftspolitische Sorge verstärkt sich, weil selbst innerhalb Deutschlands ein überaus deutliches Gefälle zwischen urban geprägten, wirtschaftlich starken und ländlich geprägten, wirtschaftlich schwachen Regionen sowie zwischen westlichen und östlichen Bundesländern besteht. Im Vergleich der Flächenländer stehen hinsichtlich der Verfügbarkeit von schnellen Internet-Anschlüssen mit einer Download-Geschwindigkeit von wenigstens 50 MBit/s alle westlichen Bundesländer vor den östlichen. Dabei sind hier beispielsweise die drei westlichen Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg führend, während die drei östlichen Bundesländer Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen mit deutlichem Abstand das Schlusslicht bilden (s. Grafik).

Dieses Versorgungsgefälle ist ein deutlicher Standortnachteil für die unterversorgten Regionen und könnte die digitale Spaltung der Bevölkerung verstärken. Demnach haben sich die Entscheidungsträger auf den verschiedenen politischen Ebenen auch dieser wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderung angenommen und durchaus ambitionierte Ziele zum flächenweiten Breitbandausbau formuliert. So möchte die EU-Kommission bis 2020 erreichen, dass alle Haushalte zumindest mit einer Download-Geschwindigkeit von 30 Mbit/s versorgt werden können, 50% der Haushalte gar mit wenigstens 100 Mbit/s. Darüber hinaus möchte die Bundesregierung, dass bis 2018 alle Haushalte hierzulande mit mindestens 50 Mbit/s angeschlossen werden können.

Deutschland lediglich mittelmäßig

Durchschnittl. Geschwindigkeit bei Internetverbindungen, MBit/s



Quelle: Akamai State of the Internet Q4 2014 Report



Um die politisch gesetzten Ziele hinsichtlich der Breitbandversorgung zu erreichen, braucht es enorme Investitionen – insbesondere abseits der Ballungsräume. Nach Schätzungen des TÜV Rheinland könnte dies, je nach technischer Ausführung, sogar mehr als EUR 90 Mrd. kosten. Dabei soll der Löwenanteil dieser Investitionen von privatwirtschaftlichen Unternehmen gestemmt werden. Doch während unter marktwirtschaftlichen Bedingungen der Ausbau in den dicht besiedelten, wirtschaftlich starken Regionen durchaus vorankommt, gibt es in den wirtschaftlich schwachen, ländlichen Regionen große systemimmanente Herausforderungen bezüglich der Profitabilität – speziell in Teilen Mecklenburg-Vorpommerns, Brandenburgs oder auch der Oberpfalz. Bei der Überbrückung der Wirtschaftlichkeitslücke muss der Staat mittels Beteiligungen und Subventionen einspringen, wenn auch solche Projekte vorankommen sollen.

Die zusätzlich vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur über den Bundeshaushalt (EUR 1,4 Mrd.) und die aktuellen Erlöse aus der Digitalen Dividende II (EUR 1,33 Mrd.; hälftig zwischen Bund und Ländern aufgeteilt und nach dem Kronberger Schlüssel vergeben) bereitgestellten Fördergelder sollten den Ausbau weiter anschieben. Grundsätzlich sind die Förderprogramme der Bundesländer dabei recht unterschiedlich konzipiert – insbesondere hinsichtlich der präferierten Projektstruktur und den bereitstehenden Volumina. Um bis zum Jahr 2018 die flächendeckende Versorgung mit wenigstens 50 Mbit/s zu erreichen, stellt Bayern beispielsweise EUR 1,5 Mrd. an Landesmitteln bereit. Hessen hingegen proklamiert mit dem gleichen Versorgungsziel einen bedarfsgerechten und nachhaltigen Ausbau und will lediglich EUR 350 Mio. zur Verfügung stellen, diese Steuergelder nach eigenen Angaben aber hocheffizient einsetzen.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass es hierzulande durchaus mehr staatliche Impulse braucht, damit die politisch gesetzten Breitband-Ziele auch tatsächlich erreicht werden. Diese Impulse sollten allerdings koordiniert und mit Augenmaß gesetzt werden, um dabei irreversible aktionistische Eingriffe zu vermeiden. Allerdings muss auch beim Ruf nach staatlichen Aufbauhilfen immer auch klar sein, dass all die Projekte letztlich nur dann überhaupt profitabel werden können, wenn zu den modernen Netzen auch die modernen Dienste (von der fortschreitenden Automatisierung bei Wertschöpfung und Gebäudeausstattung über Cloud Computing bis hin zu Augmented Reality und hochqualitativen Entertainment-Angeboten) hinzukommen, die insbesondere auch für die Kunden in den bislang wenig versorgten Gebieten attraktiv sind. Dies gilt umso mehr, da Kunden immer weniger auf die Technik selbst, sondern nachvollziehbarerweise immer stärker auf die Dienste fokussieren, die die Technik ermöglichen soll. Dieser Aspekt wird bei den aktuellen Diskussionen, die oft auf Technik und Kabel fokussieren, zumeist noch stiefmütterlich behandelt.

Siehe auch:

Fortschritt braucht Breitband: Private Investitionen benötigen mehr staatliche Impulse

Industrie 4.0: Enorme Wertschöpfungspotenziale wollen gehoben werden

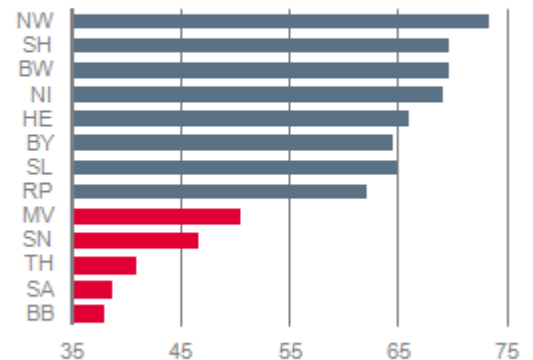
Augmented Reality: Befürchtungen sollten Blick auf Chancen nicht grundsätzlich verstellen

Cloud Computing in Bildung und Forschung: Aufwind im wissenschaftlich kreativen Umfeld

Die Aktuellen Kommentare im Audio-Format finden Sie [hier](#)...

West-Ost-Gefälle bei schnellem Internet

Haushalte m. verfügbarem Anschluss
≥ 50 MBit/s, %



Stand: Ende 2014

Quelle: BMVI, TÜV Rheinland



Autor: Stefan Heng (+49) 69 910-31774

mehr zum Research-Bereich **Technologie, Innovation, Bildung**

Aktuelle Kommentare - Archiv

© Copyright 2015. Deutsche Bank AG, Deutsche Bank Research, 60262 Frankfurt am Main, Deutschland. Alle Rechte vorbehalten. Bei Zitaten wird um Quellenangabe „Deutsche Bank Research“ gebeten.

Die vorstehenden Angaben stellen keine Anlage-, Rechts- oder Steuerberatung dar. Alle Meinungsäußerungen geben die aktuelle Einschätzung des Verfassers wieder, die nicht notwendigerweise der Meinung der Deutsche Bank AG oder ihrer assoziierten Unternehmen entspricht. Alle Meinungen können ohne vorherige Ankündigung geändert werden. Die Meinungen können von Einschätzungen abweichen, die in anderen von der Deutsche Bank veröffentlichten Dokumenten, einschließlich Research-Veröffentlichungen, vertreten werden. Die vorstehenden Angaben werden nur zu Informationszwecken und ohne vertragliche oder sonstige Verpflichtung zur Verfügung gestellt. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit oder Angemessenheit der vorstehenden Angaben oder Einschätzungen wird keine Gewähr übernommen.

In Deutschland wird dieser Bericht von Deutsche Bank AG Frankfurt genehmigt und/oder verbreitet, die über eine Erlaubnis zur Erbringung von Bankgeschäften und Finanzdienstleistungen verfügt und unter der Aufsicht der Europäischen Zentralbank (EZB) und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) steht. Im Vereinigten Königreich wird dieser Bericht durch Deutsche Bank AG, Filiale London, Mitglied der London Stock Exchange, genehmigt und/oder verbreitet, die von der UK Prudential Regulation Authority (PRA) zugelassen wurde und der eingeschränkten Aufsicht der Financial Conduct Authority (FCA) (unter der Nummer 150018) sowie der PRA unterliegt. In Hongkong wird dieser Bericht durch Deutsche Bank AG, Hong Kong Branch, in Korea durch Deutsche Securities Korea Co. und in Singapur durch Deutsche Bank AG, Singapore Branch, verbreitet. In Japan wird dieser Bericht durch Deutsche Securities Limited, Tokyo Branch, genehmigt und/oder verbreitet. In Australien sollten Privatkunden eine Kopie der betreffenden Produktinformation (Product Disclosure Statement oder PDS) zu jeglichem in diesem Bericht erwähnten Finanzinstrument beziehen und dieses PDS berücksichtigen, bevor sie eine Anlageentscheidung treffen.